

## Wege zur Versöhnung

PD Dr. Tilman Evers

Plenarvortrag am 19. April im Rahmen der  
67. Lindauer Psychotherapiewochen 2017 ([www.Lptw.de](http://www.Lptw.de))

### **Kontakt:**

PD Dr. Tilman Evers  
Schwengebergstr. 3  
34132 Kassel

**Wege zur Versöhnung.**

Friedensarbeit in Spannungsgebieten

Versöhnung! Das Wort hat einen guten, fast moralischen Klang, man möchte dabei verweilen. Wir reden aber von *Wegen zur* Versöhnung; die beginnen alle im rauen Gelände der *Entzweigung* und können deshalb lang, wechselvoll und mühsam sein. Das gilt doppelt, wenn wir dabei nicht an zerstrittene Individuen denken, sondern an verfeindete Großgruppen im politisch-gesellschaftlichen Raum. Eben deshalb setze ich dort, fernab von allem Vertrauten ein:

Vor einem halben Jahr, Anfang Oktober 2016, wurde der Friedensnobelpreis des Jahres verliehen an den kolumbianischen Präsidenten Santos. Das Nobel-Komitee in Oslo ehrte damit seinen Friedensschluss mit der FARC, der größten Guerilla-Organisation des Landes.

Für uns mag dieses Ereignis fern sein – nicht so für die fast 50 Millionen Kolumbianer, deren alltägliches Erleben seit nunmehr zwei Generationen von Mord und Gewalt, Erpressung und Vertreibung geprägt ist. Der Bürgerkrieg begann 1964, noch zu Lebzeiten von Che Guevara! Damit ist er der älteste andauernde Gewaltkonflikt der Welt. Mindestens 220 000 Menschen sind ihm seitdem zum Opfer gefallen. Dazu kommen 30 000 „Verschwundene“ sowie 6 Millionen Vertriebene – fast jede Familie ist direkt oder indirekt betroffen. Neben der FARC gibt es noch zwei kleinere Guerilla-Gruppen, und auf der Gegenseite neben dem Militär paramilitärische Mörderbanden, außerdem Privatmilizen von Grundbesitzern und Drogen-Bossen. Kolumbien ist dreimal so groß wie Deutschland. Der Staat kontrolliert davon nur die städtischen Kerngebiete; die riesige ländliche Peripherie ist wenig erschlossen und deshalb Guerilla-Gebiet.

Alle Seiten haben im Verlauf dieses Krieges unvorstellbare Grausamkeiten begangen. Was auf Seiten der Rebellen als sozialer Aufstand gegen die herrschenden Grundbesitzer begann, degenerierte über die Jahre zu einem schmutzigen Krieg um Landkontrolle, Drogen und Lösegelder. Auch Präsident Santos entstammt der herrschenden Oberschicht. Unter seinem konservativen Amtsvorgänger Uribe war er bis 2010 Verteidigungsminister und organisierte damals die bislang blutigste Repression. In seine Amtszeit fiel z.B. die damalige Praxis der Streitkräfte, beliebige Zivilisten zu erschießen und den Toten dann Guerilla-Uniformen anzuziehen, um Erfolge zu melden.

Doch kaum war Santos 2010 zum neuen Präsidenten gewählt, begann er mit Friedensbemühungen. Hatten beide Seiten aus den vorangegangenen Massakern gelernt, dass sie diesen Krieg militärisch nicht gewinnen konnten? Es folgten vier Jahre zäher Verhandlungen auf Kuba, mit erheblichen Zugeständnissen von beiden Seiten: Die Regierung versprach weitgehenden Strafverzicht sowie soziale Reformen, die FARC ihre Entwaffnung und die Rückkehr in ein ziviles Leben als politische Kraft.

Den Hardlinern innerhalb der kolumbianischen Eliten galten diese Verhandlungen als Verrat. Besonders der vorige Präsident Uribe, einst politischer Ziehvater von Santos, wandelte sich zu dessen schärfstem Gegner: Wie könne man Verbrecher straflos lassen und ihnen die Türen zum

Parlament öffnen? Kein Wort freilich zu den Verbrechen der paramilitärischen Banden, die er einst mit organisierte und auf deren Konto eine größere Zahl von Mordopfern geht.

Ende September 2016 fand die feierliche Unterzeichnung der Friedensvereinbarung in Gegenwart von Staatsoberhäuptern und Regierungsvertretern aus aller Welt statt. Im Bemühen, die Widerstände der alten Eliten auszubremsen, hatte Präsident Santos zusätzlich ein Referendum über den Friedensschluss versprochen. Die Prognosen hatten ein Ja vorausgesagt. Groß war daher das Entsetzen, als dann bei dem Plebisitz die Nein-Stimmen gewannen, wenn auch mit knappem Vorsprung. Der Slogan „Nein zur Straflosigkeit“ hatte besonders bei den städtischen Mittelschichten verfangen, die selbst am wenigsten von der Gewalt betroffen waren! In den ländlichen Provinzen, in denen fast jeder Opfer in der eigenen Familie zu beklagen hatte, stimmte die Mehrzahl dagegen mit Ja.

War nun alles verloren? Würde das Blutvergießen weitergehen? Präsident Santos gab nicht auf; sowohl er wie die FARC erklärten ihre Bereitschaft zu Nachverhandlungen. Endlich gingen auch die zivilgesellschaftlichen Unterstützer des Ja auf die Straße. Genau in diese Tage der Unsicherheit fiel die Verleihung des Friedensnobelpreises – eine klare Ermutigung für diejenigen, „die nach Frieden, der Versöhnung und der Gerechtigkeit in Kolumbien streben“, wie es in der Begründung heißt.

Es folgten fünf Wochen hektischer Nachverhandlungen. Deren Ergebnisse kamen in einigen, nicht allen Punkten den Forderungen des Nein-Lagers entgegen; so soll das Vermögen der FARC jetzt den Opfern zugutekommen. Ein nochmaliges Plebisitz konnte Santos schon aus Zeitgründen nicht riskieren: Zu zerbrechlich war der Waffenstillstand in den Kampfgebieten. Rechtlich lag die Entscheidung ohnehin beim Kongress, und der bestätigte das Abkommen am 1. Dezember in beiden Kammern.

Wenige Tage später konnte Santos den Nobelpreis in Oslo entgegen nehmen. Die Verleihung würdigt zu Recht einen historischen Friedensschluss. Doch alle Beteiligten wissen: Das schwerere Wegstück kommt erst noch mit den Mühen der Umsetzung. Jeder beiläufige Schusswechsel kann den Waffenstillstand zusammenbrechen lassen. Die Verhandlungen mit der nächst-kleineren Guerilla-Gruppe ELN haben gerade erst begonnen. Noch immer sind Killerbanden unterwegs, die Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten, Bürgermeister und Intellektuelle umbringen. Wo soll das Geld für die Rücksiedlung der Millionen Vertriebenen herkommen, und woher die Übergangshilfen für die ehemaligen Kämpfer? Vor allem aber: Noch immer setzt die konservative Opposition auf Sieg, nicht Versöhnung. Wird es ihr mit ihrem politischen und wirtschaftlichen Einfluss gelingen, den Frieden zu Fall zu bringen? Die Folgen wären entsetzlich.

Ich habe das Beispiel Kolumbien an den Anfang gestellt, weil daraus eine erste Lehre deutlich wird: *Wege zur Versöhnung* – das sind oft mühsame Prozesse voller Hindernisse und Gefahren. Und das erste Wegstück heißt immer: Der Weg aus der Gewalt. In Kolumbien ist bislang nur dieser erste, freilich entscheidende Schritt (hoffentlich!) getan. Ob und wann daraus eine Versöhnung der Kolumbianer untereinander und mit ihrer Vergangenheit wird, bleibt offen.

Drei weitere Lehren bietet der Fall: Einmal, dass in Versöhnungsprozessen der angestrebte Frieden in Widerspruch geraten kann mit Forderungen der Gerechtigkeit. Bestrafen oder Versöhnung? Natürlich hatten die FARC-Kommandeure eine weitgehende Amnestie zu einer Grundbedingung für Verhandlungen gemacht – aber ebenso nachvollziehbar empfanden viele Kolumbianer diese Straffreiheit als ungerecht.

Zweitens: Solche unvermeidlichen Widersprüche können politische Spaltungen innerhalb der jeweiligen Gruppe nach sich ziehen; das führt zur zweiten bitteren Lehre: Die Gegensätze zwischen den Friedenswilligen und den Hardlinern im eigenen Lager können unversöhnlicher sein als die zum bisherigen gemeinsamen Feind. Bezogen auf diese eigene Seite gilt der scheinbar paradoxe Satz: Feindschaft eint, Versöhnung spaltet.

Und drittens: Diese Einteilung in zwei Lager Pro oder Contra ist natürlich viel zu grob. Vielmehr durchziehen Ambivalenzen alle Bevölkerungsteile, ja Herz und Verstand jedes und jeder Einzelnen. Damit ein Friedensschluss gelingt und Bestand hat, muss die Bereitschaft zur Aussöhnung überwiegen gegenüber den Vorbehalten und Ängsten, und das auf allen Ebenen: Derjenige der politischen Führungen wie derjenigen der gesellschaftlichen Gruppen und derjenigen der Individuen.

Nehmen Sie hinzu, dass jeder Konflikt anders ist: Sie ahnen dann, wie unterschiedlich die Wege zur Versöhnung jeweils nur sein können, und wie unmöglich der Versuch, sie kartographieren zu wollen. Allein möglich erscheint mir ein vorsichtiger Wechselbezug zwischen wiederkehrenden Erfahrungen einerseits und übergreifenden Betrachtungen andererseits. Und zwar in dem Bewusstsein, dass zwischen Empirie und Theorie eine Lücke klafft, die der Einmaligkeit des Einzelfalls vorbehalten bleibt. Diesen Wechselschritten zwischen Beispiel und Betrachtung folgt nun auch mein weiterer Vortrag.

Nach dem Fall Kolumbien also ein Stück Theorie: Was meint eigentlich „Versöhnung“? Im Ursprung ist das Wort abgeleitet von „Sühne“, entstammt also der Rechtssprache. Das althochdeutsche „suona“ bedeutet Gericht und Urteil, aber auch die zu entrichtende Buße. Es entstand in einer Epoche, in der die Rache eine legitime Form der ausgleichenden Gerechtigkeit war. Die Bußleistung war dann dazu da, die berechtige Vergeltung abzulösen durch ein wiedergutmachendes Opfer des Missetäters. Erst später bekommt dieses „Buße tun“ eine innerpsychische und moralische Färbung, und zwar durch die Bibelübersetzung von Luther. Er verwendet das Verb „versuenen“ für den in der jüdischen wie christlichen Tradition so tragenden Gedanken einer Versöhnung zwischen Gott und Mensch. Auf diese theologische Dimension von Versöhnung kann ich nicht eingehen, bin mir aber bewusst, dass sie wie ein Hintergrundsrauschen alles – auch säkulare – Reden von Versöhnung durchdringt und moralisch auflädt.

Aber Versöhnung ist nichts, was man moralisch *sollen* müsste oder fordern könnte. Sie muss vielmehr *gewollt* werden – und zwar immer wieder, trotz aller Schwierigkeiten und Mühen. Wer sich auf die Heilung einer zerbrochenen Beziehung einlässt, muss nicht so sehr das Gegenüber, sondern zuvor und zugleich sich selbst verändern. Das ist ein langwieriger Prozess der Verwandlung, der Mut und Beharrlichkeit, Geduld und Liebe erfordert. Er verlangt die Einsicht, dass ich nicht nur gut bin, und die Einfühlung, dass der Andere auch leidet und nicht nur böse ist.

Tragende Teile des Selbstbildes wie meine Gewissheit von Rechthaben, von moralischer Überlegenheit, von Ehre und Unabhängigkeit werden fraglich. Vor das Glück der Versöhnung ist das nochmalige Leiden, die Trauer über erlittenes und begangenes Unrecht gestellt. Der Weg zur Versöhnung führt durch den eigenen Schatten. Wer sich auf diesen Weg begibt, wird an dessen Ende nicht mehr derselbe sein. Das gilt für Einzelmenschen wie für ganze Völker; denken Sie an die Mühen von uns Deutschen im Umgang mit den NS-Verbrechen.

Dazu kommt, dass ich diesen inneren Wandel meinem Widerpart vermitteln muss, damit Schritte zur Versöhnung in Gang kommen. Wenn ich Täter war, verlangt dies eine große Überwindung, nämlich Reue, Bekenntnis und Bitte um Vergebung. Manchmal sind dafür Gesten und Symbole glaubhafter als Worte; der Kniefall von Willy Brandt 1970 in Warschau war so eine Geste. Der Weg zur Versöhnung führt also nicht nur durch den Schatten, sondern auch durch Demut und Scham. - Wenn beide Seiten sich als Opfer sehen und im Recht glauben, dann bedarf es zumindest eines Zeichens, dass ich den Zwist bedauere und eine Wiederannäherung wünsche. Das macht mich verletzlich: Wie wird der Gegner antworten? Solange ich feindlich getrennt bin, ist die Türe zu meinem Haus zu, ich bin darin der alleinige Herr, ich bin „dicht“. Sobald ich die Türe etwas öffne, werde ich „undicht“, ich lasse zu, dass der andere mich beeinflusst. - Es können wahre Dschungel der Gefühle sein, die auf dem Weg zur Versöhnung durchquert werden müssen.

All das setzt eine einigermaßen stabile Ich-Struktur voraus. Wer sein Selbstbild überwiegend auf die Negativ-Identifikation mit einem Gegner stützt, kann nur schwer auf sein Feindbild verzichten. Dann liegt die Versuchung nahe, die aufkommenden weicheren Gefühle zu unterdrücken und im Hass zu bleiben. Wenn ich diesen Hass los lasse - was trägt mich dann durch die Zeit der Trauer, der Selbstzweifel und der Angst? Ohne seelische, vielleicht auch spirituelle Ressourcen ist diese Wegstrecke kaum zu schaffen; aber auch materielle und soziale Stützen sind wichtig.

Ich kann diese innerpsychische Ebene von Versöhnung hier nur skizzieren; Sie kennen sie aus Ihrer Kompetenz als Psychotherapeutinnen und -therapeuten, die Sie sich immer wieder mit Konflikten zwischen Lebenspartnern, zwischen Kollegen, zwischen Eltern und ihren Kindern befassen. Es gab dazu im Rahmen der Lindauer Psychotherapiewochen auch schon einmal einen Vortrag, und zwar 2005 von der Schweizer Analytikerin Katharina Ley. Sie berichtete seinerzeit auch von Ihrer Trauma-Arbeit in Südafrika; damit klang bereits eine gesellschaftliche Dimension von Versöhnung an.

Denn Entzweiung und Versöhnung gibt es in jeder Größenordnung, von der personalen, ja innerpsychischen Ebene über die mittlere Ebene von überschaubaren Gruppen bis zur Makro-Ebene wie im Fall Kolumbien. Manche Wegstrecken, zum Beispiel der geschilderte Durchgang durch Verunsicherung und Trauer, finden sich analog auf jeder dieser Ebenen. Und doch ist die Dynamik in Gruppenprozessen nochmal anders und komplexer, weil zusätzliche Faktoren wie Macht und kollektive Identitäten, auch kollektive Verdrängungen hineinwirken. Andererseits – ich sagte es schon - bestehen Gruppen ja aus Menschen, insofern wirkt die individuelle Ebene in solchen kollektiven Prozessen in einem komplizierten Wechselsehrtältnis weiter.

Sie merken: Das Thema ist unendlich. Es stellt sich seit Menschengedenken, immer wieder, und immer wieder neu. Viele Wissensgebiete befassen sich damit. Ich kann nur einen kleinen Ausschnitt anreißen, und das tue ich vor meinem Hintergrund als Sozialwissenschaftler und Friedensaktivist. Das Rahmenthema dieser Woche lautet „Hass – Fundamentalismus – Versöhnung“. Darin klingen aktuelle politische Bezüge an, und dazu kann ich aus meiner Erfahrung im Zivilen Friedensdienst beitragen. Ich verlasse dabei die individuelle Ebene und spreche im Folgenden nur noch von Gruppenkonflikten – wohl wissend, dass auch dort Versöhnung sich letztlich in jedem und jeder Einzelnen vollziehen muss.

Der Zivile Friedensdienst hat trotz sprachlicher Nähe nichts zu tun mit dem Zivildienst, also dem früheren Wehrersatzdienst für junge männliche Wehrpflichtige. Es handelt sich vielmehr um eine professionelle Tätigkeit von lebens- und berufserfahrenen Frauen und Männern in Krisengebieten, vergleichbar den Entwicklungsdiensten. Die Fachkräfte können aus allen Berufen kommen; sie werden in mehrmonatigen Kursen zu Konfliktberatern weitergebildet und dann für einen mehrjährigen Einsatz in Spannungsgebiete entsandt, wo sie gemeinsam mit Partnerorganisationen auf die Überwindung von Hass und Gewalt hinwirken. Ich berichte also von einer Organisationsform, für die das Thema der Versöhnung im Zielpunkt ihrer Arbeit steht – aber nicht weil sie selbst der Versöhnung bedürfte, sondern weil sie als Mittler zwischen Streitparteien *deren* Schritte zur Versöhnung auf den Weg bringt und begleitet. Wenn Sie so wollen: Das ins Politische transponierte Modell eines systemischen Paar-Therapeuten.

Die Idee entstand Mitte der 90er Jahre angesichts der Kriege im zerfallenden Jugoslawien. Ich erinnere mich gut unserer damaligen Zerrissenheit, den Massakern vor unserer Haustüre ohnmächtig zusehen zu müssen. Daraus entstand der Ruf nach einer professionellen Friedensarbeit. Aktuell sind rund 300 Fachkräfte mit ihren lokalen Teams in 43 Ländern tätig. Diese Projektarbeit wird vom deutschen Entwicklungsministerium gefördert; die Durchführung liegt bei acht Trägerorganisationen, die auch die Fachkräfte auswählen, vorbereiten und begleiten. Es geht nicht darum, Konflikte zu vermeiden, wohl aber deren gewaltförmigen Austrag. Dazu setzt der Zivile Friedensdienst überwiegend auf einer mittleren, zivilgesellschaftlichen Ebene an, indem er beispielsweise lokale Friedensgruppen stärkt, Dialoge vermittelt, Menschenrechte schützt und bei der Aufarbeitung vergangener Gewalt und Traumata hilft. Das kann vor, während oder nach einem Gewaltausbruch geschehen.

Die bedrückende Kehrseite dieser guten Arbeit sind die zahlreichen Gewaltkonflikte in aller Welt, dererntwegen der Zivile Friedensdienst überhaupt entstand. Die meisten dieser Konflikte finden heute im Inneren von fragilen Staatsgebilden statt. Das zerstört das Neben- und Miteinander von Bevölkerungsgruppen, die bislang in räumlicher Nähe friedlich oder leidlich miteinander auskamen und das in Zukunft auch wieder müssen. Deshalb ist es wichtig, nicht nur auf politischer Ebene an den Ursachen der Konflikte anzusetzen, sondern zugleich an den dadurch verzerrten Wahrnehmungen und Einstellungen in den Bevölkerungsgruppen. Diese sozialpsychologische und sozialpädagogische Arbeit an Mentalitäten und Beziehungen ist das hauptsächliche Tätigkeitsfeld des Zivilen Friedensdienstes.

Wo immer möglich, sollte diese Arbeit präventiv einsetzen, um zu verhindern, dass es überhaupt zu Gewalt kommt. Gewaltfrei durchgestandene Auseinandersetzungen sind so viel leidärmer, so viel produktiver, und die Wege zur Versöhnung deshalb so viel kürzer. Ein Beispiel ist unsere Arbeit im Libanon. Libanon ist das Land mit der größten Zahl von Geflüchteten pro Kopf der einheimischen Bevölkerung, nämlich eins zu vier (Deutschland: eins zu hundert). Im östlichen Landesteil, der Bekaa-Ebene entlang der syrischen Grenze, ist es noch viel schlimmer, dort leben inzwischen ebenso viele Geflüchtete wie einheimische Libanesen, also eins zu eins – ich konnte mir das nicht vorstellen, bevor ich es nicht selber sah. Die rasante Zunahme der Bevölkerungszahl und das Zusammenleben auf engem Raum führen unvermeidlich zu Spannungen. Die ohnehin prekäre libanesische Infrastruktur ist völlig überlastet: Strom- und Wasserversorgung fallen oft aus, die Schulklassen sind überfüllt. Dazu kommt, dass die ärmeren Teile der libanesischen Bevölkerung sich benachteiligt fühlen, weil die humanitäre Hilfe aus dem Ausland nicht ihnen, sondern den Geflüchteten zugute kommt.

Fast ein Wunder, dass es noch kaum zu Gewalt gekommen ist; dabei hilft natürlich, dass man dieselbe Sprache spricht und die Kultur kennt. Zusammen mit einer libanesischen und einer syrischen Partnerorganisation bilden wir dort Gemeinwesen-ArbeiterInnen aus, die das Gespräch sowohl mit der libanesischen Wohnbevölkerung wie mit den Geflüchteten in ihren improvisierten Zeltstädten suchen. Der nächste Schritt sind Begegnungen zwischen beiden Gruppen, wo gemeinsame Probleme wie mangelnde Krankenversorgung oder verschlammte Straßen besprochen und dann auch gemeinsam angegangen werden.

In einem Stadtviertel haben libanesische und syrische Familien sich zusammengetan und mit deutscher Hilfe Mülltonnen beschafft, um Plastik und Blech getrennt zu sammeln. Das wird anschließend verkauft; aus dem Erlös wurde z.B. das Schulgebäude neu gestrichen. In einer anderen Kommune wurde beschlossen, eine verschmutzte Quelle auszumauern, um sie dauerhaft als Wasserstelle für alle Anwohner zu nutzen. Inzwischen ist der Müll weg, anstelle des einen Schlauchs stehen mehrere fest installierte Zapfhähne bereit.

Die Lehre aus diesem Beispiel: Wichtig ist, Gesprächsfäden zu knüpfen und Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen. Es ist fast egal, zu welchem gemeinsamen Vorhaben sich die Bevölkerungsgruppen entschließen: Entscheidend ist, dass sie aufhören, sich gegenseitig nur über ihren Konflikt zu identifizieren, und dass sie anfangen, miteinander statt übereinander zu sprechen. Der nächste Schritt ist, dass sie Gemeinsamkeiten im gemeinsamen Tun erfahren. Wir kennen das ja aus der Flüchtlingsarbeit in Deutschland: Wer sich auf Begegnung einlässt, entdeckt die Menschen hinter dem Stereotyp „Flüchtling“.

Zum Glück haben wir hier keine Massengewalt. Aber angesichts von 3533 Straftaten gegen Geflüchtete oder Flüchtlingsunterkünfte sowie 217 Attacken auf Asyl-Helfer allein im vergangenen Jahr 2016 kann man nicht von einer friedlichen Gesellschaft reden. Und Konflikte im Gefolge von sozialem Wandel und Migration gab es hierzulande ja schon vor der Flüchtlingskrise. Prävention ist auch hierzulande nötig. Seit über 10 Jahren gibt es daher auch Projekte des Zivilen Friedensdienstes in Deutschland; Träger ist dort „mein“ Verein, das *Forum Ziviler Friedensdienst*. Wir nennen diese Arbeit „Kommunale Konfliktberatung“.

Der systemische Ansatz ist ähnlich wie im Ausland: Sprich mit allen, wirklich *allen* an einem Konfliktfeld Beteiligten: Mit den kommunalen Behörden, der Polizei, den Religionsvertretern, den Schulen und Wohlfahrtsverbänden, sogar den Gang-Chefs... Und führe diese Einzelgespräche dann schrittweise zu gemeinsamen Gesprächsrunden zusammen, damit sie dort ihre unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen darlegen. Inzwischen ist unsere Beratung in fünf Kommunen abgeschlossen; in drei weiteren läuft sie noch oder neu; mit mehreren Kommunen gibt es Vorgespräche. Die Duale Hochschule Baden-Württemberg am Standort Heidenheim begleitet die Arbeit in Forschung und Lehre.

Ein Beispiel ist Osterholz-Scharmbeck, eine Kleinstadt bei Bremen. Dort gibt es das Quartier „Drosselstraße“, eine ehemalige Wohnsiedlung US-amerikanischer Militärangehöriger, in dem nun ca. 700 Menschen wohnen, meist mit Migrationshintergrund und insgesamt sozial schwach. Niemand interessierte sich für diese Enklave von überwiegend kurdischen, libanesischen, türkischen, syrischen und albanischen Familien – bis Drogendelikte und Einbrüche zunahmen, jugendliche Banden sich untereinander prügeln, Polizeiwagen brannten. Unserer Fachkraft Hagen Berndt gelang es, im Rahmen seiner Sondierungen auch mit diesen Familien ins Gespräch zu kommen – das hatte zuvor kaum jemand ernstlich versucht! Dabei kam ihm auch seine Erfahrung aus langjähriger Auslandsarbeit zugute.

Im Zuge seiner Beratung bildete sich ein städtischer Präventionsrat zur Abstimmung unter den beteiligten Behörden. Stadtverwaltung, Landkreis, Polizei, politische Parteien, Vereine, Verbände und Geschäftsleute übernahmen Verantwortung dafür, die Spaltung der Stadtgemeinschaft zu überwinden. Erstmals wurden nun auch Bewohner aus dem sozialen Brennpunkt in das Rathaus eingeladen und gehört; umgekehrt gingen der Bürgermeister sowie der Polizeichef in die Drosselstraße und sprachen mit Anwohnern. Ratsfraktionen tagten öffentlich im Quartier, so dass selbst Jugendliche und Kinder ihre Frustrationen, ihre Fragen und Gedanken einbringen konnten. Polizei und städtische Jugendarbeit unterstützten einen von Migranten gegründeten Fußballclub im Quartier dabei, sich aus der Kontrolle lokaler Gang-Chefs zu befreien. Langsam entstand Vertrauen; die allseitige Opferhaltung löste sich auf, die Beteiligten erkannten, welche Beiträge sie selbst zur Veränderung leisten können. Heute hat die Gewalt im Viertel aufgehört; die Veränderungen im Quartier gelten inzwischen als Vorbild für andere Kommunen. – Dieses Beispiel sagt viel über den systemischen Ansatz: Sorge dafür, dass alle Beteiligten in einem Konfliktgeschehen sich als Teile eines Systems erkennen und Verantwortung für ihre jeweiligen Handlungsmöglichkeiten übernehmen.

Natürlich ist die Arbeit in ausländischen Kriegsgebieten weitaus schwieriger als diese Inlandsarbeit. Die Nachsorge nach Gewaltkonflikten braucht langen Atem, manchmal: Generationen. Nicht jedes Projekt gelingt. Der Zivile Friedensdienst hat auch wenig Einfluss darauf, was auf der Bühne der großen Politik geschieht. Er kann nicht „mal eben“ Frieden machen in Syrien oder der Ost-Ukraine. Aber umgekehrt gilt auch: Ein Friedensschluss nur unter den Machtakteuren steht auf tönernen Füßen, solange nicht auch in der Bevölkerung die Bereitschaft zur Aussöhnung wächst. Oft sind es umgekehrt zivilgesellschaftliche Bewegungen, die die Politiker zum Friedensschluss drängen; das war auch in Kolumbien so, auch dort war und ist der Zivile Friedensdienst tätig.

Nicht nur in Deutschland, auch in vielen anderen Ländern sind seit Beginn der 90er Jahre nicht- oder halbstaatliche Organisationen entstanden, die solche zivilgesellschaftlichen Friedensbemühungen in Krisengebieten unterstützen. In nur fünfundzwanzig Jahren ist hier ein vollentwickeltes neues Politik- und Berufsfeld mit eigener Fachsprache erwachsen. Im Englischen hat sich dafür der Ausdruck „peacebuilding“ durchgesetzt; das deutsche Wort „Konflikttransformation“ ist genauer, aber sperriger. Längst hat sich das in gesonderte Handlungsfelder und Wissensgebiete ausdifferenziert; ich kann diese Spezialgebiete hier nur anreißen; jedes wäre ein eigenes Seminar.

Da ist einmal das Grundprinzip der *Gewaltfreiheit*, gespeist aus Ethik und politischer Klugheit gleichermaßen. Wo Gewalt herrscht, ist kein Platz für ein konstruktives Miteinander; und das meint nicht nur physische, sondern auch strukturelle, ideologische und psychische Gewalt. Nur ein gewaltfrei durchgestandener Konflikt bietet die Chance auf win-win-Lösungen. Getragen wird das Prinzip von einem grundsätzlichen Geist des Nichtverletzens. Es gibt dazu eine große Tradition mit großen Namen – Tolstoi, Gandhi, Martin Luther King... –, und es gibt vielfältige Erfahrungen und lernbare Methoden, z.B. die Mediation.

Das hat Schnittmengen mit einem zweiten Grundprinzip, dem *Dialog*. Kein Versöhnungsprozess ohne das Gespräch; das kann in vielen verschiedenen Formaten stattfinden, vom persönlichen Zwiegespräch bis zu förmlichen Verhandlungen. Ein wichtiger Autor hierzu ist der israelische Psychologe Dan Bar-On, er hat dazu Grundlagen erforscht und diese dann zusammen mit seinem palästinensischen Kollegen Sami Adwan auf Gruppenprozesse übertragen. Dazu gehört die Einsicht, dass im Dialog nicht das Reden, sondern das achtsame Zuhören das Wichtigste ist. Denn Dialog ist ja nicht Selbstzweck, sondern Medium der Begegnung, als Weg zur Entfeindung, zur Einfühlung und zum Verstehen.

Ein drittes großes Spezialgebiet ist die Vergangenheitsarbeit, englisch „*Dealing with the Past*“. Zwar blickt Versöhnung in die Zukunft, aber dazu müssen die Fesseln einer traumatischen Vergangenheit gelöst werden. Es geht darum, Fakten zu sichern, mehr aber um Möglichkeiten, das Erlebte und Erlittene emotional durchzuarbeiten, z.B. in Form von Straßentheater, Gedächtnisstätten oder Foto-Ausstellungen. Wo Menschen „verschwunden“ sind, müssen Gräber geöffnet, die Überreste identifiziert und dann in aller Ehrfurcht bestattet werden, damit die Angehörigen sich wirklich verabschieden können. Das alles röhrt an große und schwierige Gefühle, und manchmal sind dafür Symbole, Rituale oder Bilder hilfreicher als Worte; dazu folgt gleich noch ein Beispiel.

Ein weiteres, viertes Spezialgebiet trägt ebenfalls einen englischen Titel, nämlich „*Transitional Justice*“. Das ist besser als das deutsche „Übergangsjustiz“, weil „justice“ im Englischen sowohl Justiz wie Gerechtigkeit bedeutet. Wo Massenverbrechen geschahen, ist eine gerichtliche Ahndung jeder einzelnen Straftat unmöglich. Andererseits kann eine zerbrochene Gesellschaft nicht wieder zusammenwachsen, ohne dass das zerstörte Vertrauen in das Recht wiederhergestellt wird. Also müssen die Untaten bestraft und Wiedergutmachung geleistet werden, auch wenn beides nur pauschal und symbolisch geschehen kann.

Viel hängt dabei vom kulturellen Kontext ab, was in der jeweiligen Konfliktregion als Untat gilt und wie sie zu sühnen ist. Oft bewähren sich dabei Verbindungen zwischen modernem und traditionellem Recht. Diese lokalen Rechtskulturen stellen meist nicht die Schuld des Einzelnen in den Mittelpunkt, sondern gehen von einer Störung der Gemeinschaft aus, die die Gemeinschaft auch wieder heilen kann. In Ruanda heißen diese Rechtsversammlungen „Gacaca“, nach dem Gras, auf dem die Versammelten dabei sitzen; diese kommunalen Laiengerichte trugen dort die Hauptlast bei der Aufarbeitung des Genozids von 1994. In Sierra Leone heißt diese Ortsjustiz „Fambul Tok“, „Familiengespräch“. Die Hawaianer nennen ihre Tradition „Ho oponopono“, „Das Zurechtbringen“; das findet inzwischen Eingang auch in deutsche Beratungsangebote.

Es gibt eine Reihe weiterer Handlungs- und Wissensfelder. Ich erwähne noch – fünftens - die *Wahrheitskommissionen*. Sie haben sich als wichtige Handlungsform aus den Bereichen der Vergangenheitsarbeit und der *Transitional Justice* heraus entwickelt. Die ersten Wahrheitskommissionen entstanden in Lateinamerika in den 80er Jahren zur Aufarbeitung der blutigen Militärdiktaturen. Auch in Deutschland gab es in den 90er-Jahren eine Wahrheitskommission, sie hieß nur anders, nämlich „Enquête-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“.

Zum weltweiten Modell wurde dann jene Wahrheits- und Versöhnungskommission, die Mitte der 90er Jahre in Südafrika unter der Leitung von Erzbischof Tutu tagte. Es war unmöglich, all die Verbrechen der Apartheidszeit strafrechtlich aufzuarbeiten; das war politisch auch nicht gewollt, um die neue nationale Einheit nicht zu gefährden. Also blieb nur, die Taten von den Tätern zu trennen: Die Taten wurden öffentlich gemacht und verurteilt, den Tätern aber wurde Straffreiheit für eingestandene Verbrechen gewährt. Es blieb nicht aus, dass manche Täter das instrumentell ohne innere Reue nutzten; das machte es vielen Opfern unmöglich, ihnen innerlich zu verzeihen. Wie auch, wenn jemand gerade erst anhören muss, wie sein Anverwandter grausam ermordet wurde - und dann mit der wieder aufgerissenen Wunde allein bleibt, während der Mörder straffrei ausgeht! So trug diese Wahrheits- und Versöhnungskommission zwar viel zur Wahrheitsfindung bei, auch zur politischen Befriedung, aber wenig zur menschlichen Aussöhnung. Bischof Tutu musste sich eingestehen, dass er den Weg von der Wahrheit zur Versöhnung (Truth and Reconciliation) zu direkt, zu „christlich“ gedacht hatte. - Seither hat es weitere Wahrheitskommissionen in vielen Ländern gegeben, alle von Südafrika inspiriert, alle etwas anders – alle nur halb erfolgreich aber dennoch alle wichtig.

Und schließlich sechstens: *Gender!* ein Handlungs- und Wissensfeld, das alle anderen durchzieht. Männer und Frauen durchleben Gewaltkonflikte und deren Aufarbeitung sehr unterschiedlich. Natürlich können auch Frauen feindselig und aggressiv sein, aber sie drücken das anders aus. *Gewalt* geht ganz überwiegend von Männern aus. Und oft, viel zu oft und schrecklich richtet sie sich gegen Frauen. Umgekehrt: Natürlich gibt es auch verständigungsbereite Männer. Doch oft sind es Frauen, die erste Begegnungen mit der Gegenseite wagen. Im Zivilen Friedensdienst haben wir diese unterschiedlichen Rollen der Geschlechter im Blick; deshalb sind auch die Teams in unseren Projekten nach Möglichkeit geschlechterparitätisch besetzt.

Sind diese Wissensgebiete und Handlungsfelder des „peacebuilding“ ... sind sie „Wege zur Versöhnung“? Darf ich all die Projekte des Zivilen Friedensdienstes „Wege zur Versöhnung“ nennen? Ja, ich tue das, aber mit folgender Bescheidung: Sie können Wege zur Versöhnung *öffnen - gehen* müssen die Betroffenen sie selber. Es sind ja ihre, nicht unsere Konflikte, deshalb tragen sie, nicht wir die Risiken und Mühen einer Versöhnung. Dazu kommt: Wir arbeiten mit Gruppen – Versöhnung aber muss sich in seelischen Tiefen, und das heißt: in den einzelnen Menschen vollziehen. Wir können Bedingungen der Möglichkeit schaffen – ob es dann geschieht, liegt jenseits unseres Machens und Könnens.

Ich denke zum Beispiel an den serbischen Kriegsveteranen Miodrag genannt Miki, und an seinen kroatischen Freund Ivica, der seinerzeit auf der Gegenseite gekämpft hatte. Beide sind traumatisiert aus dem Krieg zurückgekehrt; über ihre ganz ähnlichen Schwierigkeiten im zivilen Alltag haben sie sich kennengelernt. Es gibt ein Video, darin sieht man, wie die beiden gemeinsam dorthin fahren, wo damals an der kroatischen Küste die Front verlief, und wo eine Panzerfaust den Unterarm von Miki zerschmetterte. Ohne die Begleitung von Ivica hätte Miki nicht die Kraft zu dieser Reise durch ehemaliges Feindesland an den Ort seiner Verwundung gehabt. Beide sagten nachher, wie sehr diese Reise sie aufgewühlt, aber auch befreit habe.

Diese Versöhnung der Beiden mit sich selber wie mit dem früheren Feind, das konnte unsere Fachkraft Ursula Renner nicht „machen“ oder planen. Aber sie hatte dafür gesorgt, dass in beiden Ländern Therapiezentren für traumatisierte Ex-Kombattanten entstanden, über die Miki und Ivica sich kennenlernennten. Das Leiden hat sie auf ihr Menschsein zurückgeworfen, darüber haben sie das gleiche Leiden und Menschsein im ehemaligen Feind erkennen und mitfühlen können. Heute sind beide in einer grenzüberschreitenden Friedensinitiative von kritischen Veteranen aktiv und treten in Schulen als Zeitzeugen gegen Kriegsverherrlichung auf.

Man staunt immer wieder, was kleine Teams und sogar einzelne deutsche Fachkräfte in einem fremden Land bewirken können. Ihnen kommt zugute, dass sie als konfliktexterne Dritte unparteiisch sind und dadurch Zugang zu allen Konfliktparteien haben. Unparteiisch heißt aber nicht: Unempathisch. Vertrauen gewinnen sie nur, wenn sie sich selbst als Menschen erkennbar und fühlbar machen; das verlangt Mitgefühl für die Leiden aller Beteiligten. Wir sprechen daher mit einem Ausdruck aus der Familientherapie von „Allparteilichkeit“. Die eigentliche Arbeit geschieht dann über lokale Partnerorganisationen – und erst sie wirken in die Breite der Bevölkerung. Das kann ein Training in Gewaltfreiheit sein, ein Erinnerungs-Projekt für Schüler, ein Friedens-Radio oder ein Trauma-Zentrum – manchmal fängt das sehr klein an und entwickelt dann eine erstaunliche Ausstrahlung. Gruppen von Friedenswilligen finden sich erfahrungsgemäß in jeder Konfliktregion. Aber für den Anfang brauchen sie – das sagen sie selber – oft einen ausländischen Partner, und zwar als Rückendeckung gegenüber den Hardlinern in den eigenen Reihen, und um sich unter neutralem Dach mit den Friedenswilligen aus der Gegenseite zu treffen.

Ich sagte: Im Innersten hat Versöhnung zu tun mit Schuld und Reue, Bekenntnis und Vergebung. Das sind große Kategorien jenseits meiner Kompetenz als Sozialwissenschaftler. Psychologen, Theologen, auch Philosophen haben darüber geschrieben, darunter keine Geringeren als Kant, Hegel, Nietzsche, Hannah Arendt, Paul Ricoeur, Foucault und Derrida. In dieser Tradition macht z.B. die junge Philosophin Svenja Flaßpöhler einen Unterschied zwischen einem transzendentalen

*Vergeben*, das die Schuld hinweg nimmt, und einem innerweltlichen *Verzeihen*, das die Schuld nicht aufhebt, aber darauf verzichtet, sie weiterhin einzuklagen. Verzeihen in diesem Sinne führt dann nur bis an den Punkt, an dem die Beteiligten voneinander lassen können. *Versöhnen* - das wäre dann ein anderer, nächster Schritt, wenn nämlich die Wege sich nicht trennen, sondern wieder in eine gemeinsame Zukunft führen.

Wie immer man Versöhnung definiert: Sie braucht ihre Zeit – manchmal viel Zeit. Da kann ein zu frühes Reden von Verzeihung und Versöhnung geradezu das Gegenteil bewirken. Im politischen Bereich müssen wir manchmal schon froh sein, wenn nur die Gewalt aufhört, wie (hoffentlich) in Kolumbien. Die Feindschaft ist dann nicht überwunden, aber vielleicht kann sie mit der Zeit „vernarben“ (um einen Ausdruck von Bonhoeffer zu gebrauchen).

Es gibt aber auch Beispiele echter Versöhnung. Ich nannte die beiden Ex-Kombattanten Miki und Ivica; ähnliche bewegende Geschichten von ehemaligen Kriegsgegnern, die zu gemeinsamen Gegnern des Krieges wurden, gibt es aus vielen Konfliktgebieten, z.B. Israel/Palästina, Nordirland oder Nigeria. Unter Großgruppen ist eine solche tiefe Aussöhnung schwieriger, aber nicht unmöglich. Ich nenne zum Abschluss ein solches Beispiel aus Südafrika:

Der in Berlin ansässige *Weltfriedensdienst* unterstützt dort im Osten des Landes eine einheimische Organisation „Sinani“, auf deutsch: „Wir sind mit Euch“. Geschürt vom damaligen Apartheidsregime war in den 80er Jahren im Stammesgebiet der Zulu ein Bürgerkrieg ausgebrochen, der bis über das Ende der Apartheid andauerte und an die 20.000 Menschenleben kostete. Dort kämpften die Anhänger des *African National Congress*, der ein vereintes Südafrika jenseits der Rassentrennung anstrebte, gegen Anhänger der *Inkatha Freedom Party*. Hinter dieser Partei standen traditionelle Zulu-Führer, denen ein eigenes Zulu-Königreich versprochen worden war, freilich unter weißer Oberherrschaft. KwaZulu-Natal war damals die gewalttätigste Provinz des Landes. Unsichtbare Grenzen zogen sich damals quer durch die Gemeinden, wer sie übertrat, riskierte sein Leben. Die bewaffneten Gangs beider Seiten überfielen sich gegenseitig, es gab Massaker auf beiden Seiten.

Die Organisation „Sinani“ wurde Mitte der 90er Jahre auf dem Höhepunkt dieser Kämpfe gegründet, und zwar von PsychologInnen, Sozial- und GesundheitsarbeiterInnen, von denen einige selbst nur knapp der Gewalt entkommen waren. Die Arbeit begann zunächst in der Betreuung von traumatisierten Gewaltopfern, aber bald zeigte sich, dass dies immer zu wenig und zu spät sein würde, und dass im Grunde der ganze Stamm der Heilung bedurfte. So entwickelte *Sinani* eine Gemeinwesenarbeit, die westliche Methoden der Überwindung von Gewalt, Armut und Krankheit verband mit der afrikanischen Gemeinschafts-Tradition des „Ubuntu“. In dieser Tradition des achtsamen Miteinanders spielen die Amakoshi, die Dorfvorsteher eine wichtige Rolle, also musste zunächst in zahllosen Gesprächen deren Vertrauen gewonnen werden. Das machte u.a. eine junge Psychologin Juba, die schon während ihres Studiums von Haus zu Haus ging und dabei für alle sichtbar die verbotenen Linien überquerte. Es dauerte lange, bis ein erstes Treffen der verfeindeten Dorfvorsteher möglich wurde. Die Treffen wiederholten sich, mit der Zeit beteiligten sich auch Parteiführer und Beamte.

Derweil ging die Arbeit mit jungen ehemaligen Kämpfern weiter. Viele brauchten zunächst schlicht ein mitfühlendes Gehör, um ihre traumatischen Erlebnisse auszusprechen. Auch Berufsberatung und Fortbildung wurden angeboten. So wuchs allmählich die Bereitschaft, sich mit überlebenden Kämpfern der ehemals verfeindeten Gemeinden zu treffen und auszutauschen. Langsam ging die offene Gewalt zurück, es gab einen informellen Waffenstillstand. Bei alledem konnte der *Weltfriedensdienst* als sichtbarer Garant der Unparteilichkeit, aber auch bei Fragen von Organisation und Methode sowie bei der Anbahnung politischer Kontakte helfen.

Es war dann einer der Dorfvorsteher, der dazu mahnte: Der Waffenstillstand werde nicht halten, wenn nicht auch die Toten in die Versöhnung einbezogen würden. Denn sonst würden die Geister der Ermordeten mit ihrer Wut die Lebenden besessen machen und zu erneuter Gewalt anstacheln. So entstand die Idee zu einer großen Reinigungs- und Versöhnungszeremonie, die dann im März 2007 stattfand.

Zwei Jahre lang war um jedes Detail dieser Zeremonie gerungen worden. In zahllosen Gesprächen musste das anfängliche Misstrauen der Gemeinde-Chiefs und Parteienvertreter überwunden werden. Auch dabei konnte der *Weltfriedensdienst* als Vermittler dienen. Die Zusammenkunft begann am Vorabend mit einem nichtöffentlichen Reinigungsritual, bei dem Priester einer afrikanischen Religionsgemeinschaft Heilkräuter verbrannten, eine Ziege schlachteten und mit gereinigtem Wasser die Lebenden und die Toten von dem vergossenen Blut reinigten.

Zur Versöhnungsfeier kamen dann fast 10.000 Menschen. Ehrengäste waren der Zulu-König sowie Chefs der ehemals verfeindeten Parteien. Vor tausenden von ehemaligen Kämpfern in traditionellen Kleidern, aber auch vor Presse und Fernsehen wurden symbolisch alle Waffen niedergelegt. Ein Teilnehmer schrieb: „So eine große Reinigungszeremonie gemeinsam mit allen Chiefs und dem König, so etwas hat es noch nie gegeben. Unsere Gemeinschaft wurde am 11. März neu geboren.“

Das Besondere an dieser Zeremonie war die Verknüpfung von Tradition und Moderne: Sie versammelte einfache Menschen und Regierungsvertreter, den erblichen König und gewählte Amtsträger, und verband archaische Rituale mit modernen Vertragsformen. - Das Beispiel zeigt, wie wichtig solche Rituale eines symbolischen Neubeginns sein können, die die kulturelle Tradition des Landes mit dem Fortschrittsgedanken der Moderne in Einklang bringen.

Zehn Jahre sind seit diesem Versöhnungsfest vergangen. Hat die feierliche Abkehr von der Gewalt gehalten? Die Antwort muss wohl lauten: Im Großen ja, im Kleinen nein. Die Kämpfe zwischen den Parteien haben tatsächlich aufgehört. Bei den letzten Kommunalwahlen im vergangenen Jahr 2016 hatte die Provinz KwaZulu-Natal die niedrigste Mordrate des Landes.

Aber seitdem die Kommunen nicht mehr von der Parteiengewalt beherrscht sind, werden all die zuvor verdeckten Probleme sichtbar: Korruption und Armut; die hohe Aids/HIV-Rate; die Arbeitslosigkeit vieler junger Männer; Drogen und Alkohol, Vergewaltigungen und häusliche Gewalt. Die Not entlädt sich immer wieder auch in fremdenfeindlicher Gewalt gegen Zuwanderer aus afrikanischen Nachbarländern. Es sind all diese „kleinen“ Probleme, mit denen *Sinani* derzeit gefordert ist.

Aber nein, wahrscheinlich ist es umgekehrt: Es sind diese vermeintlich „kleinen“ Alltagswunden, die das eigentliche Leiden der südafrikanischen Gesellschaft an sich selber anzeigen. Seit Anbeginn der Kolonialzeit hat das Land nichts anderes als Dominanz und Unterdrückung, Rassismus, Ausbeutung und Gewalt erlebt; diese strukturelle Gewalt wirkt weiter. Der Bürgerkrieg der Zulus war dann „nur“ eine besonders giftige Frucht aus diesem Nährboden, und die Abschaffung der Apartheid nur ein, freilich wichtiger Schritt auf dem langen Weg zu einem sozialen Frieden. Wobei „sozialer Friede“ zu jenen Werthorizonten gehört, die man nie erreicht aber eben darum beständig anstreben muss. In Wahrheit ist sozialer Friede gar kein zu erreichender Zustand, sondern die Fähigkeit, immer neue soziale Konflikte immer wieder gewaltfrei auszuhandeln.

Vielleicht gilt Ähnliches für Versöhnung. Vielleicht erscheint sie nur als ein zu erreichender Zustand, solange jemand den Weg zu einer Versöhnung noch vor sich sieht. Dort angekommen, erweisen die zurückgelegten Wegstrecken sich als Episoden auf einem weitaus längeren Weg des menschlichen Miteinanders, mitsamt all seinen Schwierigkeiten und immer wieder neuen Konflikten, aber auch Möglichkeitsräumen. Und wiederum begegnet uns das auf allen Ebenen: In unseren persönlichen Beziehungen wie auf gesellschaftlicher Ebene und sogar im großen politischen Spiel der Mächte.

Hier verweist das Thema der Versöhnung erneut auf den *Geist des Nichtverletzens*. Das Stichwort wäre: *Versöhnlichkeit* – als immer neuer Versuch einer einfühlenden Haltung, auf allen wechselnden Wegen.